

Bericht aus Berlin



CDU

Armin Schuster

Innenpolitik

Zwischenbilanz der Asylpolitik

Der Bundestag hat das Asylpaket II und die erleichterte Ausweisung straffälliger Ausländer in dieser Woche beschlossen. Damit führen wir unseren Kurs der innenpolitischen Steuerung und Ordnung des Flüchtlingszuzugs konsequent fort, national haben wir schon einiges getan: Mit dem Asylpaket I haben wir falsche Anreize zur Asylantragsstellung durch den Vorrang von Sach- vor Geldleistungen reduziert. Wir haben das BAMF mit mehr Personal ausgestattet und so die Bearbeitungsdauer der Anträge auf rund 5 Monate gesenkt. Mit einem einheitlichen Flüchtlingsausweis beschleunigen wir die Erfassung der Asylbewerber und beugen Missbrauch vor. Es sind wieder einmal die Grünen, die – wie schon bei den Westbalkanstaaten – über den Bundesrat der Aufnahme der Maghreb-Staaten in die Liste der Sicheren Herkunftsstaaten Steine in den Weg legen. Auf meiner [Homepage](#) und auf der Website der CDU/CSU-Fraktion finden Sie eine komplette [Übersicht](#) und ein [Faktenblatt](#) über die von uns in den letzten Monaten getroffenen Entscheidungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik.



Die Landesgruppe Baden-Württemberg traf sich am Mittwoch zu einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. (Foto: Bundesregierung/Guido Bergmann)

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

dass unsere Sicherheitsbehörden durch die Politiker der SPD, Grünen und Linken unverhältnismäßig und oft kritisiert werden, ist bekannt. Neu ist aber, dass die Opposition und die SPD Polizei und Verfassungsschutz nach den Ereignissen von Clausnitz und Bautzen zur Projektionsfläche für ein angebliches totales Staatsversagen in Sachen Rechtsextremismus macht. Es steht außer Frage, dass wir in einigen Gegenden Deutschlands ein veritables Problem mit Straftaten gegen Asylbewerberheime und Flüchtlinge haben. Daraus aber in der Debatte im Bundestag mit vorgetragener Empörung den Schluss zu ziehen, ganz Sachsen sei Dunkeldeutschland und das Versagen der Polizei „institutioneller Rassismus“, zeugt aus meiner Sicht nur von vollendeter politischer Hilflosigkeit. Auf die wirklich wichtigen Fragen, wie die Probleme angepackt werden können, geben solche Diffamierungen keine Antwort. Wir müssen in der Flüchtlingspolitik einen gesamtgesellschaftlichen Konsens herstellen, deshalb diskutieren wir in der CDU/CSU, im Übrigen als einzige Fraktion, intensiv über einen gemeinsamen Kurs. Warum tun das eigentlich die anderen Fraktionen nicht?

Ihr Armin Schuster
Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 4258033
Fax: 07621 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Ausbildungsförderung

Verbesserungen beim „Meister-BAföG“ beschlossen

Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag die Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) beschlossen. Durch die Änderung ermöglichen wir gerade jungen Menschen ihren beruflichen Bildungsweg erfolgreich fortzuschreiben. So verbessern wir die Leistungen beim sogenannten „Meister-BAföG“ schon zum 1. August 2016 deutlich. In Zukunft können neben Handwerkern und anderen Fachkräften auch Bachelor-Absolventen gefördert werden, wenn sie sich für einen Meisterkurs oder eine vergleichbare Fortbildung entscheiden. Dadurch gestalten wir den Wechsel zwischen der akademischen und beruflichen Bildung durchlässiger und festigen die Gleichwertigkeit beider Bildungswege. Ich begrüße die Änderungen sehr, da das neue Gesetz unsere gute berufliche Bildung und insbesondere den Meister-Abschluss als herausragendes Qualitätsmerkmal der deutschen Wirtschaft noch stärker hervorhebt. So sichern wir nachhaltig den Fach- und Führungskräftenachwuchs, den unsere heimische Wirtschaft dringend braucht.

Interview



Armin Schuster im Gespräch mit dem ARD Morgenmagazin am Dienstag vor der Fraktionssitzung zu den Angriffen auf Flüchtlinge in Sachsen und der Forderung nach einer stärkeren Überwachung rechtspopulistischer Vereinigungen durch den Verfassungsschutz.

EU-Richtlinie zu Bankkonten

Girokonto für Jedermann kommt

Der Bundestag hat am Donnerstag die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Bankkonten in deutsches Recht beschlossen. Durch das neue Gesetz werden die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stark verbessert. So steht nun EU-weit jedem Bürger ein Girokonto zu, da es Grundvoraussetzung für die Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben ist. Darüber hinaus wird durch ein einheitliches Regelwerk der Wechsel zwischen zwei Banken vereinfacht. Ferner wird durch das Gesetz die Transparenz und Vergleichbarkeit von Kosten und Entgelten – etwa über Vergleichswebsites – von Girokonten deutlich verbessert.

+++++++Kurz berichtet+++++++

Tatkräftige Bürounterstützung



In den letzten vier Wochen hat Julia Schinzel aus Maulburg das Berliner Bundestagsbüro im Rahmen eines Praktikums unterstützt. Der [Praktikumsbericht](#) über die interessanten vier Wochen ist auf der Homepage abrufbar. Wir wünschen Frau Schinzel für ihr weiteres Studium in Wien alles Gute und viel Erfolg.

Haushalte mit hohem Überschuss

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden haben im vergangenen Jahr einen Überschuss von 19 Milliarden Euro verbuchen können. Dies ist der höchste Überschuss seit der Wiedervereinigung. Allein der Bundeshaushalt erwirtschaftete einen Überschuss von 10,3 Milliarden Euro, der für eine Rücklage zur Finanzierung der Folgekosten der Flüchtlingskrise verwendet wird. Auch die Gemeinden konnten im vergangenen Jahr mit einem Überschuss von 3,9 Milliarden Euro abschließen und sind damit gut für kommende Aufgaben gerüstet.

Terminhinweise

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes finden in den nächsten zwei Wochen einige Termine im Wahlkreis statt. So kommt am Dienstag, 1. März, Bundesgesundheitsminister Gröhe für eine Diskussion zum Thema „Gesundheit und Reha im Fokus“ nach Bad Krozingen, Clemens Binninger MdB am 7. März zu zwei Veranstaltungen zum Thema Innere Sicherheit nach Kandern und Weil am Rhein, Cemile Giousouf MdB als Integrationsbeauftragte der Fraktion am 8. März unter anderem nach Lörrach und Müllheim. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble redet am Donnerstag, 10. März, 2016, 17:00 Uhr in der Stadthalle Schopfheim zur aktuellen politischen Lage in Deutschland.

Januar/Februar 2016

Armin Schuster in der bundesweiten Presse:

Klicken Sie auf die markierten Artikel-Überschriften, um zum vollständigen Online-Artikel zu gelangen.

01. Januar 2016, welt.de: [„Die neue deutsche Härte in der Asylpolitik“](#)

Armin Schuster über die steigende Zahl Asylsuchender.

07. Januar 2016, HuffingtonPost.de: [„Öffentlichkeit wurde über Tage belogen“](#)

Armin Schuster über Informationspolitik der Kölner Polizei.

12. Januar 2016, faz.net: [Der Druck von unten](#)

Armin Schuster plädiert für die Sicherung der EU-Außengrenze zur zeitweiligen Grenzsicherung.

13. Januar 2016, welt.de: [„Regierung bereitet nächste Asylverschärfung vor“](#)

„Wenn jemand von einer Staatsanwaltschaft als Beschuldigter geführt wird und kaum eine Bleibeperspektive hat, weil er aus einem sicheren Land wie Tunesien, Marokko oder Algerien kommt, dann sollten wir ihn sofort zurückschicken“ so Schuster in einem Interview mit der „Welt“.

13. Januar 2016, rp-online.de: [Kriminelle Ausländer werden schneller abgeschoben](#)

Zurückweisungen an der Grenze lieferten bessere Bilder als die Ereignisse auf der Kölner Domplatte, nach Armin Schuster.

13. Januar 2016, tagesspiegel.de: [Innenausschuss zu Übergriffen in Köln](#)

Armin Schuster beklagt die mangelnde Auskunft Jägers und unterstreicht die Notwendigkeit eines Untersuchungsausschusses im NRW-Landtag.

13. Januar 2016, ZDF Heute: [Debatte über Silvesternacht](#)

Armin Schuster mit dem ZDF Heute über die Silvesternacht in Köln und den Bedarf eines Untersuchungsausschusses im NRW-Landtag.

14. Januar 2016, wiwo.de: [„Offene Grenzen retten, indem wir sie kurzfristig sichern“](#)

Armin Schuster im Interview mit der Wirtschaftswoche über den erhöhten Bedarf an Polizisten im Umgang mit der Grenzsicherung und der Flüchtlingsthematik.

15. Januar 2016, zdf.de: [Kritik an Merkel verschärft](#)

Im Interview mit dem ZDF spricht Armin Schuster über den Schwund des Zuspruches in der Koalition. (Ab Min. 4:50)

15. Januar 2016, hr-online.de: [Verschärfte Grenzkontrollen „in wenigen Wochen notwendig“](#)

„Konsequent die Grenze kontrollieren und konsequent zurückweisen“ sagte Armin Schuster im Gespräch mit hr1. Die geforderte Zurückweisung bereits an den Grenzen sei eine „unangenehme Entscheidung, die man nach Jahren eines Schengen-offenen Europas lieber nicht treffen möchte“, so Armin Schuster.

16. Januar 2016, deutschlandradiokultur.de: [Unions-Rebellen kritisieren „Systemausfall“](#)

Im Gespräch mit Thomas Jaedicke spricht Armin Schuster über den Brandbrief gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin.

17. Januar 2016, welt.de: [Flüchtlinge aus Algerien und Marokko sollen schneller ausgewiesen werden](#)

Unzufriedenheit der Union mit dem Flüchtlingskurs von Merkel. Armin Schuster rechnet mit über 50 Unterzeichnern des Brandbriefes an die Bundeskanzlerin, wie er im Deutschlandradio verkündet.

18. Januar 2016, n-tv.de: [„Mit 200.000 können wir gut leben“](#)

"Mit 200.000 Flüchtlingen im Jahr könnten wir gut leben" sagte Armin Schuster n-tv.de.

19. Januar 2016, spiegel.de: [44 Unionsabgeordnete gegen Merkel](#)

Innenpolitische Sprecher wie Armin Schuster, Stephan Mayer und Clemens Binninger als Unterzeichner des Briefes aus der Fraktion gegen Bundeskanzlerin Merkel



Armin Schuster MdB und Monika Lazar MdB (B90/Grüne) vor dem Livegespräch auf Phoenix zum Antrag „Demokratie stärken – Dem Hass keine Chance“ am 18. Februar 2016.

26. Januar 2016, rp-online.de: [Außenminister Steinmeier kritisiert Klöckners Plan „A2“](#)

"Mit dem EU-Gipfel Mitte Februar müssen wir spätestens zu einer diplomatischen Lösung in der Flüchtlingsfrage kommen" sagte Armin Schuster als ein Ruf nach einem nationalen Schritt zur Reduzierung der steigenden Flüchtlingszahl.

26. Januar 2016, stern.de: [CDU-Innenexperte: Nationale Schritte in Flüchtlingspolitik planen](#)

Armin Schuster spricht sich für die Vorschläge der rheinland-pfälzischen CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner aus, Grenzzentren und nationale tagesaktuelle Flüchtlingskontingente zu etablieren.

26. Januar 2016, spiegel.de: [„Wir müssen Zuversicht zeigen“](#)

Das Schreiben an die Kanzlerin sei eine diplomatische Form der Kritik, so Armin Schuster.

26. Januar 2016, dw.com: [Das schlimme Wort Koalitionsbruch](#)

Als Initiator des Briefes an die Bundeskanzlerin sieht Armin Schuster die erhoffte Wirkung. Zudem unterstützt Schuster die Pläne der CDU-Vizechefin Julia Klöckner einer gesamteuropäischen Reduzierung des Flüchtlingszustroms und der strengeren Grenzsicherung in Deutschland.

05. Februar 2016, rp-online.de: [Merkel stürzt in Umfragen ab - Nervosität in der CDU wächst](#)

"Ich hoffe, wir gewinnen jetzt schnellstens die Erkenntnis, dass so ein Sinkflug wohl kaum noch mit der parteiinternen Kritik zu erklären ist" äußerte Armin Schuster in einem Interview mit der RP Online.

18. Februar 2016, Phoenix: [Armin Schuster im Liveinterview zum Grünen-Antrag „Demokratie stärken“](#)

Armin Schuster im Interview mit dem Phoenix über den Grünen-Antrag zur Stärkung der Demokratie.

21. Februar 2016, ARD „bericht aus berlin“: [Armin Schuster in einem Statement im „bericht aus Berlin“ der ARD](#)

Armin Schuster über zeitweilige Grenzschließung, um den Schengenraum wieder in den Griff zu bekommen (ab Min. 3:15).

24. Februar 2016, 3Sat Kulturzeit: [Der 2. NSU-Untersuchungsausschuss](#)

Armin Schuster in einem Beitrag der Sendung Kulturzeit über die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses. (ab Min. 15:00).